

**NIEDERSCHRIFT  
ZUR SITZUNG DES  
HAUPT- UND  
FINANZAUSSCHUSSES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:  
04. HuFA 2009-2014  
Sitzungsdatum:  
29.04.2010**

**Niederschrift**

Übach-Palenberg, den 29.04.2010

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

**Haupt- und Finanzausschuss**

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

**T a g e s o r d n u n g**

**A) Öffentliche Sitzung**

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
2. Anordnung einer Einwohnerversammlung, hier: Erstellung eines Stadtentwicklungsprogramms vor dem Hintergrund des demografischen Wandels
3. Marketingkonzept für das Ü-Bad der Stadt Übach-Palenberg
4. 1. Änderung der Gebührensatzung des städt. Schwimmbades
5. 6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg (Friedhofsgebührensatzung) vom 15.11.2002
6. 41. Änderung des Flächennutzungsplanes - Feuerwehrrätehaus Scherpenseel -  
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
7. Bebauungsplan Nr. 46 - Finkenstraße-Ost - 2. vereinfachte Änderung  
hier: Satzungsbeschluss
8. Bebauungsplan Nr. 64 - Röntgenstraße - 5. vereinfachte Änderung  
hier: Satzungsbeschluss
9. Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus -  
hier: Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren
10. Erschließung für den Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus
11. Erweiterungen zur Tagesordnung
12. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

**B) Nichtöffentliche Sitzung**

13. Namensfindung für das Freizeit- und Naherholungsgebiet Wurmtal
14. Grundstücksangelegenheiten
  - 14.1 Verpachtung des Grundstücks Flur 59 Nr. 75, groß 4.981 qm, zum Zwecke der Kiesausbeute
  - 14.2 Nachzahlung für die Errichtung einer Wohnung im Gewerbegebiet
  - 14.3 Anmietung der Waschkaue
15. Vergabeangelegenheiten
  - 15.1 Vergabe zur Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes
16. Erweiterungen zur Tagesordnung
17. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

**Stadtverordnete**

Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Walter Junker	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Dr. Frank Tuchtenhagen	FDP
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD

**Verwaltungsbedienstete**

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch  
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski  
Herr Kämmerer Bernd Schmitz  
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek  
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gätzen  
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen  
Herr Achim Engels

**Gäste**

Frau Brigitte Appelrath            B'90/Die Grünen

**Bürgermeister Jungnitsch** stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

**Bürgermeister Jungnitsch** fragte, ob es Anmerkungen oder Anträge zur Tagesordnung gebe.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion beantrage die Streichung des Tagesordnungspunktes 13 "Namensfindung für das Freizeit- und Naherholungsgebiet Wurmatal".

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, im Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing habe man auch mehrheitlich entschieden, den Tagesordnungspunkt nicht nur zu vertagen, sondern komplett abzusetzen. Daher werde er für den Antrag des Stadtverordneten Gudduschat stimmen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

Weiterhin stelle er den Antrag, Tagesordnungspunkt 14.1 "Verpachtung des Grundstücks Flur 59 Nr. 75, groß 4.981 qm, zum Zwecke der Kiesausbeute" in den öffentlichen Teil der Sitzung zu verlegen. Er begründe den Antrag damit, dass diese Angelegenheit bereits häufig diskutiert worden sei, jeder Bescheid wisse und in der Vergangenheit dieses Thema auch in den öffentlichen Sitzungen diskutiert worden sei. Es gelte hier der Grundsatz der Öffentlichkeit.

Stadtverordneter **Gudduschat** entgegnete, er könne dem Antrag nicht folgen. Es gehe hier um eine Pachtangelegenheit und Pachtangelegenheiten seien nichtöffentlich. Die CDU-Fraktion werde sich nicht auf so dünnem Eis bewegen und dem Antrag somit nicht zustimmen.

Weiterhin erklärte Stadtverordneter **Gudduschat**, dass die CDU-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

### **Beschluss:**

- 1. Tagesordnungspunkt 13 "Namensfindung für das Freizeit- und Naherholungsgebiet Wurmatal" wird abgesetzt.**
- 2. Tagesordnungspunkt 14.1 "Verpachtung des Grundstücks Flur 59 Nr. 75, groß 4.981 qm, zum Zwecke der Kiesausbeute" wird im öffentlichen Teil der Sitzung behandelt.**

### **Abstimmungsergebnis:**

**zu 1: einstimmig**

zu 2: 6 Ja-Stimmen  
9 Nein-Stimmen

A) Öffentliche Sitzung

1. **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

---

**Beschluss:**

Die Niederschrift der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 18.03.2010 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

2. **Anordnung einer Einwohnerversammlung, hier: Erstellung eines Stadtentwicklungsprogramms vor dem Hintergrund des demografischen Wandels**

---

**Bürgermeister Jungnitsch** erläuterte, dass die Einwohnerversammlung für Montag, 31.05.2010, um 19.30 Uhr, im CMC geplant sei.

**Beschlussempfehlung:**

Die Einwohnerversammlung zur Erstellung eines Stadtentwicklungskonzeptes vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wird angeordnet.

An der Einwohnerversammlung werden folgende Stadtverordnete teilnehmen:

für die CDU:	<b>Stadtverordnete Gillen und Stadtverordneter Gudduschat</b>
für die SPD :	<b>Stadtverordneter Overländer und Stadtverordneter Weißborn</b>
für die UWG:	<b>Stadtverordneter Meertens</b>
für die FDP:	<b>Stadtverordneter Tuchtenhagen</b>
für B90/ Die Grünen:	<b>Stadtverordnete Appelrath</b>

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

3. **Marketingkonzept für das Ü-Bad der Stadt Übach-Palenberg**

---

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte, Herr Miljanovic habe im

Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing am 22.04.2010 den Entwurf ausführlich vorgestellt. Der Bericht sei der Niederschrift zur Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing als Anlage beigefügt. Man habe daher auf eine erneute Vorstellung in der heutigen Sitzung verzichtet.

#### 4. 1. Änderung der Gebührensatzung des städt. Schwimmbades

---

Stadtverordneter **Overländer** erklärte, man habe über diesen Tagesordnungspunkt bereits in zwei Ausschüssen beraten. In dem Zusammenhang habe man die Verwaltung gebeten zu prüfen, ob die Einführung eines Feierabendtarifs und eine Erweiterung der Familienkarte auf die Freibadsaison praktikabel seien. Allerdings habe man den Vorschlag der Verwaltung erst jetzt in der Sitzung bekommen, so dass er vorschlage, die Beschlussfassung in die kommende Ratssitzung zu vertagen.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte sich hiermit einverstanden.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte die ausgeteilte Darstellung (diese ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt). Vorstellbar wäre ein Feierabendtarif ab 18 Uhr, der für Erwachsene 2,50 Euro und für Jugendliche 1,50 Euro betragen könnte.

Bei der in der 1. Änderung der Gebührensatzung vorgeschlagenen Freibadsaisonkarte würde eine vierköpfige Familie 164 Euro bezahlen müssen. Daher halte die Verwaltung für eine Family-Wasserspaßkarte einen Betrag von 150 Euro für angemessen. Je größer die Familie sei, desto höher wäre auch der Preisvorteil. Somit werde die Familienfreundlichkeit hervorgehoben.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** bat den Haupt- und Finanzausschuss, bereits heute schon eine Empfehlung auszusprechen, damit die entsprechenden Vorbereitungen bereits getroffen werden könnten. Natürlich entscheide abschließend der Rat.

Stadtverordneter **Gudduschat** erkundigte sich, ob die Coins, von denen in der Aufstellung die Rede sei, wiederverwertbar seien.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** bejahte dies.

Stadtverordneter **Overländer** erklärte, da die abschließende Entscheidung im Rat getroffen werde, würde eine heutige Beschlussfassung zeitlich nichts ändern.

Stadtbeigeordneter **Piotrowski** entgegnete, wenn heute bereits eine Empfehlung abgegeben werden würde und man somit davon ausgehen könnte, dass auch im Rat für den vorgelegten Vorschlag gestimmt werde, könne die Verwaltung bereits jetzt mit den entsprechenden Vorbereitungen beginnen. Ansonsten könne man erst am 07.05.2010 tätig werden. Dies sei im Hinblick auf die bevorstehende Freibadsaison sehr spät.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, er finde den vorgelegten Vorschlag in Ordnung. Die Kosten seien zwar auf den ersten Blick etwas irritierend, grundsätzlich könne er aber sagen, dass er diesem Vorschlag im Rat zustimmen werde.

Stadtverordneter **Overländer** stimmte dem zu.

Auch Stadtverordneter **Gudduschat** stimmte zu und erklärte, er werde in der Fraktion beantragen sich in der kommenden Ratssitzung für den Vorschlag auszusprechen.

Stadtverordneter **Weinhold** und Stadtverordneter **Tuchtenhagen** erklärten ebenfalls ihre Zustimmung.

5. **6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg (Friedhofsgebührensatzung) vom 15.11.2002**

---

**Beschlussempfehlung:**

Die als Anlage beigefügte **6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Gebiet der Stadt Übach-Palenberg (Friedhofsgebührensatzung)** wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

**Abstimmungsergebnis:**

**Einstimmig**

6. **41. Änderung des Flächennutzungsplanes - Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel -  
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss**

---

Stadtverordnete **Gillen** erklärte, sie habe bereits in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Infrastruktur und Marketing darauf hingewiesen, dass bei der Berechnung überprüft werden solle, ob eine Regen-zisterne gebaut werden könne. Sie wollte hier noch einmal darauf zurückkommen, da sie dies für sehr wichtig halte.

**Beschlussempfehlung:**

1. **Es wird festgestellt, dass weder seitens der Öffentlichkeit noch von Behörden oder den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen im Rahmen der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 vorgebracht wurden.**

2. Die 41. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich  
“Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel” wird festgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig

7. Bebauungsplan Nr. 46 - Finkenstraße-Ost - 2. vereinfachte Änderung  
hier: Satzungsbeschluss
- 

**Beschlussempfehlung:**

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 – Finkenstraße-Ost - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig

8. Bebauungsplan Nr. 64 - Röntgenstraße - 5. vereinfachte Änderung  
hier: Satzungsbeschluss
- 

**Beschlussempfehlung:**

1. Es wird festgestellt, dass im Rahmen des Beteiligungsverfahrens gem. § 13 Abs. 2 BauGB weder von Seiten der Öffentlichkeit noch von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Die 5. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 64 – Röntgenstraße - wird gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig

9. Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus -  
hier: Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplanes der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren
- 

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Bebauungsplan Nr. 106 – St. Rochus – wird im beschleunigten Verfahren gem. § 13 a Abs. 1 BauGB aufgestellt.

2. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 106 – St. Rochus - wird beschlossen
3. Obwohl das vereinfachte Verfahren gem. § 13 Abs. 2 angewandt werden kann, wird eine frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Planauslegung von 2 Wochen durchgeführt. Parallel wird eine frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.
4. Sollte der Planentwurf nach der Phase der frühzeitigen Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung wesentliche Änderungen erfahren, wird er dem Rat erneut zum Beschluss vorgelegt.
5. Anschließend wird eine Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 2 BauGB in Form einer Planauslegung von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
6. Die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 2 BauGB durchgeführt.

**Abstimmungsergebnis:**

Jeweils einstimmig

**10. Erschließung für den Bebauungsplan Nr. 106 - St. Rochus**

---

**Beschlussempfehlung:**

Dem als Anlage beigefügten Städtebaulichen Vertrag und Erschließungsvertrag zwischen der Stadt Übach-Palenberg, der S-Bauland GmbH und Herrn May wird zugestimmt (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**11. Erweiterungen zur Tagesordnung**

---

Erweiterungen zur Tagesordnung ergaben sich nicht.

**12. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters**

---

Berichte und Mitteilungen des Bürgermeisters lagen nicht vor.

## Anfragen

---

### Anfrage der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter Weißborn erklärte, seine Anfrage beziehe sich auf den Zeitungsartikel in der Geilenkirchener Zeitung vom 28.04.2010 betreffend der Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Thema Beigeordneter für Planen und Bauen und unterteile sich in 7 Einzelfragen:

1. Es war zu lesen, dass Sie, Herr Bürgermeister, im Auftrag der CDU die Verwaltung neu organisieren sollen, andere Stimmen behaupten gar, Sie persönlich hätten dies der CDU-Fraktion sogar vorgeschlagen? Haben Sie den Vorschlag gemacht oder nicht? Und wenn nicht, wie beurteilen sie ihn als Bürgermeister und Leiter der Verwaltung?
2. Wir wollen selbstverständlich vorher, also bevor Sie eventuell mit Mehrheit entscheiden, den Beigeordneten in Rente zu schicken, wissen, wie das konkret aussehen soll. Wir alle wissen doch, dass im Baudezernat seit 2002 zwei Ingenieurstellen abgebaut wurden und zum Beispiel das Stadtentwicklungsamt seit Jahren chronisch unterbesetzt ist. Wie soll das gehen?
3. Wer wird demnächst das technische Dezernat leiten oder wird es vielleicht keins mehr geben?
4. In dem Artikel wird von Sparen geredet, aber gleichzeitig auch davon, externen Sachverstand einzukaufen. Dies impliziert ja zunächst einmal, dass der Sachverstand und die Leitungsaufgaben von Herrn Schlüter durch einen Einkauf, eben extern ausgeglichen werden soll. Wo bleibt denn da der Spareffekt? Sie haben dies doch sicherlich ganz seriös für die Jahre 2010 und 2011 und für die Folgejahre berechnet und können uns dementsprechend heute auch sagen, wie diese Berechnung aussieht. Ganz gespannt bin ich dabei auch, wie diese Berechnungen zum Beispiel bei dem Stadtentwicklungskonzept, das ja heute und nächste Woche beschlossen werden soll oder bei dem Projekt Einkaufszentrum "Am Wasserturm" aussieht.
5. Sie haben mir und anderen gegenüber in der Vergangenheit immer beteuert, dass Ihre Zusammenarbeit mit dem Beigeordneten Schlüter ganz hervorragend sei und seine Kompetenz an keiner Stelle in Frage stellen. Wörtlich haben Sie mir mal gesagt: "Der macht einen wirklich guten Job." Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang nun ganz persönlich die Aussagen der Frau Weinhold?
6. Aus welchem Grund haben Sie Ihrem Beigeordneten nicht schon viel früher signalisiert, dass er seinen Hut nehmen muss und ihn genau gegenteilig bis zur letzten Sekunde hingehalten, bzw. sie wollten ihn doch noch viel länger hinhalten, denn nur durch die Initiative von SPD und Grünen steht das Thema überhaupt auf der Tagesordnung des Rates?
7. Falls Sie Ihre Auffassung gegen jede Vernunft durchsetzen, dann möchte ich wissen, ob Sie auch den Haushaltsentwurf, insbesondere auch den Stellenplan ändern werden? Das gleiche gilt selbstverständlich für die Hauptsatzung.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, dass die Fraktion mit der Presse gesprochen habe. Er selbst habe nicht mit der Presse gesprochen. Er werde teilweise gerne Auskunft geben, aber ansonsten auch gerne die Fragen an Stadtverordneten Gudduschat weitergeben, wenn dies in Ordnung sei. Eigentlich sei das Thema jedoch auch Ratsangelegenheit.

Zu Beginn seiner Amtszeit habe er gesagt, er werde sich zunächst einmal den bestehenden Verwaltungsaufbau anschauen und anschließend entscheiden, ob Veränderungen notwendig seien. Wenn sich aber politisch etwas ergebe, müsse er auch damit arbeiten.

**Bürgermeister Jungnitsch** fragte, ob Stadtverordneter Gudduschat sich hierzu äußern wolle.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, er sei nicht bereit hier und jetzt die Fragen des Stadtverordneten Weißborn zu beantworten. Immerhin seien diese Fragen auch an die Verwaltung gerichtet worden. Er wolle nur soviel sagen, dass er von Herrn Windelen als Vertreter der Presse angesprochen worden sei und er Auskunft über die Fraktionssitzung gegeben habe.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, Beigeordneter für Planen und Bauen Schlüter sei so zeitnah wie möglich von ihm informiert worden. In dem halben Jahr der Zusammenarbeit habe er nichts an der Arbeit des Beigeordneten Schlüter aussetzen gehabt. Zu dieser Aussage stehe er nach wie vor.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, es seien nicht alle Fragen beantwortet worden.

**Bürgermeister Jungnitsch** entgegnete, es sei unüblich, Interna aus der Fraktionssitzung an dieser Stelle mitzuteilen.

Stadtverordneter **Weißborn** sagte, man könne doch aber Auskunft darüber geben, wie die Zukunft des Dezernates und wie die Berechnungen aussehe. Dies müsse doch bereits vorab geplant worden sein.

Er könne niemanden zwingen, die Antworten heute zu geben, aber wenn in der kommenden Ratssitzung bereits eine Entscheidung getroffen werden müsse, dann müssten die Fragen vor der Sitzung beantwortet werden, da dies wichtig für eine Entscheidung sei.

#### **Anfrage 1 der CDU-Fraktion:**

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, er sei überrascht über die Aussage des Regierungspräsidenten in einem Zeitungsartikel am 28.04.2010 gewesen. Dort habe es geheißen: "Die Situation des städtischen Etats von Übach-Palenberg beschrieb der Regierungspräsident kurz und knapp: „Die Stadt wird ein Haushaltssicherungskonzept erstellen müssen.“ Er schloss zudem nicht aus, dass der Stadt im Jahr 2013 die Überschuldung drohe."

Er wolle gerne wissen, wie der Regierungspräsident auf die Aussage bezüglich des Jahres 2013 komme.

Kämmerer **Schmitz** erklärte, er sei ebenfalls überrascht gewesen, als er den Artikel gelesen habe. Der Regierungspräsident habe von der Stadt Übach-Palenberg selbst keine Unterlage aktuell hierzu bekommen. Er gehe davon aus, dass man dies aus bereits vorliegenden Zahlen geschlossen habe.

Grundsätzlich seien die Jahre 2008 und 2009 vom Ergebnis besser verlaufen als man geplant habe. Deshalb seien in diesem Jahr die Zuweisungen erheblich geringer und damit der Ausgleich des Haushaltes schwieriger geworden.

Es sei von der Betrachtung ein großer Unterschied, ob man vom Planungswert oder vom tatsächlichen Wert ausgehe, da es sich einmal um den Betrag von 3,5 Mio. Euro handle (Planung) und zum anderen um den Betrag von ca. 800.000 Euro (geschätztes Ergebnis).

Man sei mit den Berechnungen bereits sehr weit; wenn die Eröffnungsbilanz bald vorliegt, kann man auch den Jahresabschluss erstellen und anschließend konkrete Aussagen treffen.

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte nach, ob der Kämmerer die Aussage des Regierungspräsidenten vertrete.

Kämmerer **Schmitz** erklärte, wenn das Ergebnis 2009 wie erwartet besser ausgefallen sein sollte, dann ist die Auffassung der Bezirksregierung nicht richtig.

#### **Anfrage 2 der CDU-Fraktion:**

Stadtverordneter Gudduschat fragte, warum der Prüfbericht zum Feuerwehrgerätehaus Boscheln immer noch nicht fertig sei.

Stadtoberamtsrat **Janssen** erklärte, der Prüfbericht sei noch nicht abgeschlossen, da es Probleme mit der Außenanlage gebe. Es liege ein dreifacher Betrag vor und es lasse sich aus der Aktenlage nicht feststellen, wer zu welchem Zeitpunkt etwas beauftragt habe. Derzeit werde durch das Stadtentwicklungsamt die Schlussrechnung der ausführenden Firma auf die abgerechneten Mengen geprüft. Anschließend werden Gespräche mit dem Beigeordneten, dem Architekten und der ausführenden Firma geführt.

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte, ob bis zur Ratssitzung zumindest ein Zwischenbericht vorgelegt werden könne.

Stadtoberamtsrat **Janssen** erklärte, er wisse nicht, ob die Gespräche mit der ausführenden Firma so kurzfristig möglich seien.

Festzustellen sei bisher auf jeden Fall, dass es einen schriftlichen Auftrag in Höhe von 50.941,53 € an die Firma gegeben habe. Was allerdings sonst passiert sei, wisse man noch nicht.

Stadtverordneter **Weißborn** sagte, dies müsse doch relativ einfach zu klären sein, da die Firmen, die von der Stadt einen Auftrag bekommen, hierüber auch Belege habe. Die Firma müsse doch also die entsprechenden Belege vorlegen können. Ansonsten müsse man davon ausgehen, dass die Firma ohne Auftrag einfach weitergearbeitet habe.

Stadtoberamtsrat **Janssen** erklärte, er werde bis zur kommenden Ratssitzung einen Zwischenbericht vorlegen.

**Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, seine Anfrage beziehe sich auch auf das Thema des Beigeordneten für Planen und Bauen.

Er würde gerne wissen, ob es richtig sei, dass der Beigeordnete für Planen und Bauen teilweise aus dem Verfahren Klangbrücke herausgenommen worden sei, ob es weitere Fälle gebe, in denen so verfahren worden sei und wie der Bürgermeister dies einschätze.

**Bürgermeister Jungnitsch** erklärte, er habe sich hiermit natürlich zu Beginn seiner Amtszeit beschäftigt. Da er dies jedoch nicht alles vollständig im Kopf habe, werde er die Beantwortung der Anfrage nachreichen.

**Bürgermeister Jungnitsch** schloss die öffentliche Sitzung um 17. 46 Uhr.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 18.55 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch  
Bürgermeister

Schade  
Schriftführerin